

Niederschrift

über die öffentliche Sitzung des Gemeinderates der Gemeinde

am Mittwoch, dem 9. November 2022,

im Bürgersaal des Rathauses Teningen

Verhandelt: Teningen, den 9. November 2022

Anwesend:

1. Vorsitzender: Bürgermeister Heinz-Rudolf Hagenacker
2. Gemeinderäte: Christian Bader, Britta Endres, Bernhard Engler, Michael Gasser, Pascal Heß, Thomas Hügler, Michael Kefer, Dr. Dirk Kölblin, Jutta Lehmann-Kaiser, Herbert Luckmann, Dr. Peter Schalk, Ralf Schmidt, Martina Sexauer, Karl-Theo Trautmann, Dr. Katrin Unger, Bernhard Wieske
3. Beamte, Angestellte usw.: Oberrätin Evelyne Glöckler
Ortsbaumeister Daniel Kaltenbach
Oberamtsrat Rolf Stein
Gemeindeoberinspektorin Nicole Schönstein
Verwaltungsfachangestellte Andrea Rappenecker

Nach Eröffnung der Verhandlung stellt der Vorsitzende fest, dass

- zu der Verhandlung durch Ladung vom 31. Oktober 2022 ordnungsgemäß eingeladen worden ist,
- Zeit, Ort und Tagesordnung für den öffentlichen Teil der Verhandlung am 2. November 2022 ortsüblich bekanntgegeben worden sind und
- das Kollegium beschlussfähig ist, weil 17 Mitglieder anwesend sind, somit mindestens die Hälfte aller Mitglieder.

Es fehlten als beurlaubt: GR G. Bürklin (verhindert),
GR S. Engler (beruflich verhindert),
GR F. Fischer (beruflich verhindert),
GR R. Kopfmann (beruflich verhindert),
GR E. Mick (krank),
GR A. Roser (beruflich verhindert);

nicht beurlaubt oder aus anderen Gründen: -/-

Als Urkundspersonen wurden ernannt: Die Unterzeichnenden

Zuhörer: 4 Personen

Beginn der Sitzung: 19:00 Uhr

Hierauf wurde in die Beratung der auf der Tagesordnung stehenden Gegenstände eingetreten und Folgendes beschlossen:

Tagesordnung:

1. Bekanntgabe von Beschlüssen aus den nichtöffentlichen Gemeinderatssitzungen vom 15. Oktober 2022 und 25. Oktober 2022
2. Fragen und Anregungen der anwesenden Zuhörerinnen und Zuhörer
3. Einbringung des Haushaltsplanes 2023 und des Wirtschaftsplanes 2023 für die Wasserversorgung 051/2022
4. Fragen und Anregungen der anwesenden Zuhörerinnen und Zuhörer
5. Anfragen und Bekanntgaben

1.

Bekanntgabe von Beschlüssen aus den nichtöffentlichen Gemeinderatssitzungen vom 15. Oktober 2022 und 25. Oktober 2022

Die Beschlussfassung zu nachgenannten Tagesordnungspunkten der nichtöffentlichen Gemeinderatssitzungen vom 15. Oktober 2022 und 25. Oktober 2022 wurde bekanntgegeben:

Vorkaufsrecht

Hinsichtlich der Sicherung eines Gewässerrandstreifens an einem Grundstück auf Gemarkung Teningen hat der Gemeinderat die Geltendmachung des Vorkaufsrechts mehrheitlich abgelehnt.

Genehmigung der Sitzungsniederschriften der öffentlichen und nichtöffentlichen Gemeinderatssitzung vom 4. Oktober 2022

Die Sitzungsniederschriften der öffentlichen und nichtöffentlichen Gemeinderatssitzung vom 4. Oktober 2022 wurden unterzeichnet.

Personalangelegenheiten

Der Gemeinderat hat mehrheitlich und im Einvernehmen mit dem Bürgermeister der Einstellung einer Person im Bereich „Klimaschutzmanagement“ in Teilzeit und zunächst projektbezogen befristet auf zwei Jahre beschlossen.

Jahnstube

Der Gemeinderat hat einstimmig beschlossen, mit einem Verein zur Sanierung der „Jahnstube“ eine Vereinbarung zu treffen. Die Verwaltung wurde beauftragt, die offenen Fragen zu klären, insbesondere die Spezifizierung der Sanierungsmaßnahmen, und eine entsprechende Vereinbarung abzuschließen.

2.

Fragen und Anregungen der anwesenden Zuhörerinnen und Zuhörer

Es erfolgten keine Wortmeldungen.

3.

Einbringung des Haushaltsplanes 2023 und des Wirtschaftsplanes 2023 für die Wasserversorgung Vorlage: 051/2022

Der Entwurf des Haushaltsplanes 2023 wurde als Tischvorlage vorgelegt und durch Bürgermeister Heinz-Rudolf Hagenacker im Rahmen seiner Haushaltsrede für das Jahr 2023 eingebracht.

*Es gilt das gesprochene Wort
Teningen, 09.11.2022*

*Haushaltsrede von Bürgermeister Heinz-Rudolf Hagenacker
anlässlich der Einbringung des Haushalts 2023*

*Liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderats,
liebe Kolleginnen und Kollegen der Verwaltung,
liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,
liebe Vertreter der Presse,
meine sehr geehrten Damen und Herren,*

heute darf ich Ihnen den Haushalt 2023 einbringen und vorlegen. Ein denkwürdiger Haushalt. Noch nie waren die Rahmenbedingungen für das Erstellen des Haushalts schwieriger als in diesem Jahr. Insofern war es relativ einfach, eine Überschrift für diesen Haushalt zu finden:

„Wird die Dauerkrise das neue Normal? Oder Planung ohne Sicherheit!“ Das einzige was tröstet: Wir sind mit dieser Situation nicht alleine.

So schrieb das Innenministerium Baden-Württemberg vorgestern als oberste Rechtsaufsicht der Kommunalaufsichten einen Rundbrief zur Prüfung der Haushaltssatzungen im Jahr 2023. Ich zitiere:

„Die Folgen des Krieges in der Ukraine spiegeln sich durch Mehraufwendungen und Mindererträge auch in den kommunalen Haushalten wider, deren Höhe sich zum gegenwärtigen Zeitpunkt aufgrund der bestehenden Unsicherheit jedoch noch nicht abschätzen lässt, wie auch das Risiko des inflationsbedingten Konjunkturunbruchs mit gravierenden Folgen für die kommunalen Steuereinnahmen und (Sozial-) Transferausgaben.“

Ziel muss es bleiben, mittel- und langfristig eine geordnete Haushaltswirtschaft und die dauernde Leistungswirtschaft der Kommunen zu gewährleisten.

Und weiter:

„Die Rechtsaufsichtsbehörden werden insbesondere gebeten, bei der Beurteilung der dauernden Leistungsfähigkeit der Kommunen, z.B. im Rahmen der Genehmigungsfähigkeit von Kreditaufnahmen, einen im Rahmen des Einzelfall möglichen unter Berücksichtigung der Anforderungen aus der bestehenden besonderen Situation angemessenen Maßstab anzulegen und Augenmaß walten zu lassen!“

Dieser etwas komplexere Satz heißt im Klartext übersetzt:

Die derzeitige Krise und Situation lässt keine zuverlässige Aussage über die mittelfristige Leistungsfähigkeit zu!

Es ist gut, dass das Innenministerium dies erkennt. Ein Blick auf die mittelfristige Finanzplanung zeigt, dass wir tatsächlich über kurz oder lang nicht mehr leistungsfähig wären. Es bedarf bald einer Stabilisierung der Situation und insbesondere einer angemessenen Reaktion von Bund und Land. Allein werden die Kommunen es nicht schaffen. Unsere Bitte an Sie: nehmen auch Sie diesen Maßstab in Ihre Haushaltsberatungen mit.

Es bleibt zu hoffen, dass neben den Hinweisen zu einer wohlwollenden Haushaltsgenehmigung auch insgesamt mit finanziellen Besserstellungen der Kommunen durch Bund und Land zu rechnen ist. Denn alleine mit Erleichterungen bei der Haushaltsgenehmigung werden die Gemeinden ihre Aufgaben nicht finanzieren können.

Doch kommen wir zum konkreten Zahlenwerk:

Der Gesamtbetrag der ordentlichen Erträge beträgt im Haushalt 2023: 35,895 Mio. €

Dem stehen ordentliche Aufwendungen in Höhe von 38,461 Mio. € gegenüber.

Der Haushalt schließt mit einem ordentlichen Gesamtergebnis von minus 2,5 Mio. €. Hinzu kommen Sonderaufwendungen, die wir in den Jahren brauchten, um flexibel auf Krisen zu reagieren, in Höhe von 150.000 €. Damit ergibt sich ein veranschlagtes Gesamtergebnis von minus 2,7 Mio. €.

Erfreulich ist, dass nach der Prognose der kommunalen Wirtschaftsentwicklung ein drastischer Einbruch der Wirtschaft in Teningen ausgeblieben ist. Es zeigt sich, dass die kluge Ansiedlungspolitik der vergangenen Jahre und Jahrzehnte Früchte trägt. Teningen hat einen ausgewogenen Branchenmix. Besonders zahlt es sich aus, dass bei uns große Unternehmen der Medizintechnik, der Verpackungsindustrie, aber ganz besonders im Umwelttechnikbereich angesiedelt sind. Ob Zisternen aus Teningen, die gerade in der derzeitigen Anpassung an den Klimawandel Hochkonjunktur haben, oder aber Photovoltaikprodukte und Wechselrichter, es kommt derzeit dringend benötigte Umweltprodukte aus unserer Gemeinde.

Der Maschinenbau stellt eine wichtige Ergänzung dar. Dies ist nur ein kurzer Querschnitt. Es zeigt sich jedoch, dass wir einen erfreulich krisensicheren Branchenmix aufzuweisen haben. Im Jahr 2022 werden wir eine Rekordgewerbesteuer von 12 Mio. € erreichen. Diesen Wert erneut anzusetzen, halten wir jedoch für zu optimistisch, es ist durchaus vertretbar, aus unserer Sicht mit einer Gewerbesteuer-einnahme von rund 10 Mio. € zu rechnen. Ich möchte die Gelegenheit nutzen, mich an dieser Stelle bei unseren Unternehmen und unseren Betrieben für ihre Weitsicht, ihr Engagement und ihren Einsatz zu bedanken. Sie machen uns krisenfest. Der Gewerbestandort Teningen ist insgesamt zukunftssicher aufgestellt. Ihr wirtschaftlicher Erfolg ist die Basis unseres kommunalen Handelns.

Es zeigt jedoch deutlich, dass wir die Kernkompetenz des Wirtschaftsstandorts bewahren und verbessern müssen. Sowohl die Erweiterung des Gewerbegebiets „Rohrlache“ ist genauso dringend erforderlich, wie die zeitnahe Umsetzung des Gewerbegebiets „Breitigen II“. Beide Maßnahmen sind derzeit in der Bearbeitung. Hier stoßen wir teilweise auf Schwierigkeiten, insbesondere im Gebiet „Breitigen II“ bei der Entwässerung. Es ist und bleibt unser Ziel, spätestens in 2024 mit der Aufsiedlung zu beginnen. Hier müssen wir unsere ganze Energie hineinsetzen. Der entscheidende Faktor ist, dass es uns baldmöglichst gelingen muss, dass die Einnahmensteigerung wieder dynamischer einhergeht, als wie die Kostensteigerung.

Wie kommt so ein solches Defizit zustande? Wie kann es dazu kommen, dass wir Ihnen einen Haushalt vorlegen müssen, der mit einem drastischen Minus abschließt?

Das Hauptproblem ist, dass die Kostensteigerungen in wichtigen Bereichen dynamischer sind als die Steigerung der Einnahmen.

Die wichtigsten Blöcke sind an dieser Stelle die Energiekosten. Die Aufwendungen für die Wärmeenergie werden im Ansatz von 2022 mit 432.000 € auf knapp 1,4 Mio. € steigen. Das entspricht mehr als einer Verdreifachung. Allein die Mehrkosten in diesem Bereich betragen rund 960.000 €. Eine knappe Million € in Teningen für mehr Energiekosten. Die Aufwendungen für elektrische Energie steigen von 268.200 € auf 569.000 €. Das sind Mehrkosten von rund 300.000 €, etwas mehr als das Doppelte.

Rund 1,25 Mio. € Mehrausgaben für Energiekosten.

Ein drastischer Faktor ist der Mietaufwand für die Unterbringung von Flüchtlingen. Wir werden jedoch versuchen, diesen mit einer Satzung für die Aufwendungen der Flüchtlingsunterbringung in Teilen gegen zu finanzieren. Der Mietaufwand steigt alleine um 420.000 € an. Hier ist kein Ende in Sicht. Allerdings kalkulieren wir hier derzeit die Gebühren nach und hoffen eine entsprechende Kompensation erreichen zu können.

Ein weiterer drastisch steigender Aufgabenblock sind die Aufwendungen für die Kinderbetreuung. Auch diese steigen erneut um 310.000 € an. Wir kämpfen derzeit engagiert um die Erfüllung des Rechtsanspruchs in der Kleinkindbetreuung. Die weitaus größten Aufwendungen gehen in den Block der Kinder- und Kleinkindbetreuung. Der Kindergarten Nimburg wird im nächsten Jahr fertiggestellt werden, der Umbau der Neuapostolischen Kirche in Köndringen soll Ende des Jahres beginnen, wenn die Planungen abgeschlossen sind. Noch in diesem Jahr nehmen wir die neuen Räume des Trägervereins Zeit.Raum.Kinder in Betrieb. Hinzu kommt, dass wir im kommenden Jahr auch in der Grundschule wohl auch eine neue Betreuungsgruppe in Betrieb nehmen müssen.

Das ist gut investiertes Geld und es ist richtig, hier aktiv zu sein. Wir dürfen durchaus dankbar und zufrieden auf unsere Leistungen in den vergangenen Jahren schauen und dass es uns gelungen ist, dem Rechtsanspruch bisher immer knapp entsprechen zu können. Dennoch dürfen wir hier nicht die Hände in den Schoß legen, denn es bleibt dabei, dass auch in Zukunft deutlich mehr Aufwendungen erforderlich sein werden. Besonders werden hier die erhöhten Zuweisungen an die Kirchen und die Träger eine Rolle spielen, denn es zeichnet sich ab, dass auch nach Fertigstellung der Gebäude die Personalkosten erheblich steigen werden.

Im Verhältnis hierzu nehmen sich die Steigerungen der Personalausgaben in der Gemeinde mit 184.000 € relativ bescheiden aus. Es ist gut und es ist richtig, dass der öffentliche Dienst gegenüber der freien Wirtschaft etwas Boden gut macht. Dennoch: Die Mittel müssen vorhanden sein und belasten den Haushalt. Doch auch bei den Personalausgaben ist keinerlei Entspannung zu erwarten, denn die Anforderungen an die Kommunen steigen deutlich und der Inflationsdruck wird sich auch in den Tarifabschlüssen bemerkbar machen.

Einen Anstieg um 361.000 € verzeichnet der Tiefbauunterhalt. Es besteht hier ein deutlich erkennbarer Rückstand. Dies war dem Umstand geschuldet, dass es wenig Personal gab und Stellen im Tiefbau teilweise nicht ausreichend besetzt waren. Derzeit sind wir auf der Tiefbaustelle exzellent und erstklassig besetzt. Anders gesprochen: Erst hatten wir Geld und hatten kein Personal, nun haben wir gutes Personal und das Geld geht uns aus. Insoweit ist es nun zwingend erforderlich, dass wir den bereits sichtbar werdenden Investitionsrückstau auch entgegentreten und anfangen, die Maßnahmen wieder auf den Stand zu bringen. Unsere Gehwege und Straßen waren schon mal in einem besseren Zustand, hier besteht dringender Handlungsbedarf.

Die Mehraufwendungen im Tiefbauunterhalt liegen bei 161.000 €.

Addiert man diese Positionen, die ich Ihnen gerade dargestellt habe, so kommt man auf ein Minus von 2,5 Mio. €. Das bedeutet im Umkehrschluss, dass es uns ohne diese erheblichen Mehraufwendungen bei einer halbwegs normalen wirtschaftlichen Entwicklung und Steigerung der Gewerbesteuer möglich wäre, einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen. Leider ist es aufgrund der derzeitigen Verwerfungen allerdings nicht machbar.

Die Möglichkeiten gegenzulenken, sind jedoch ausgesprochen bescheiden. Fast alle Aufwendungen und Steigerungen liegen im Pflichtbereich. Besonders die Kleinkindbetreuung und die Erfüllung des Rechtsanspruchs gehören zu den Pflichtaufgaben der Kommune. Der Ansatz hierfür beträgt zwischenzeitlich insgesamt 4,7 Mio. €. Es ist nach den Personalausgaben mit 6,6 Mio. € der mit hohem Abstand zweithöchste Posten im Gesamthaushalt.

Die Freiwilligkeitsleistungen stellen einen Bruchteil dar. Ist es wirklich ratsam bei den Vereinen und den Bürgern 100.000 € zu kürzen, damit das Dorfleben erheblich einzuschränken und damit vieles zum Erliegen zu bringen, die Haushalte aber nicht zu nachhaltig zu retten? Ich meine: Nein! So werden wir die Vereinsförderung stabil und unangetastet lassen. Dies sieht der Haushaltsentwurf vor. Gerade jetzt brauchen wir engagierte Bürgerinnen und Bürger, die sich in den Vereinen engagieren, besonders für unsere Kinder und Jugendlichen. Rezessionszeiten sind Vereinszeiten! Besonders in schwierigen Situationen sind die Menschen immer stärker zueinander gerückt. Es ist ein starkes Aus-

hängeschild für Teningen, dass wir ein solch gutes Vereinsnetz haben.

Bei den Investitionen beabsichtigen wir, nur Unterhaltungsaufwendungen und energetische Maßnahmen zu fördern. Insofern schlagen wir Ihnen eine differenzierte Nullrunde vor. Normale Neuanschaffungen für Uniformen und Instrumente können nach unserer Einschätzung warten. Dort, wo es jedoch zu zwingend notwendigen Verbesserungen führt, sowohl für den Klimaschutz, als auch für die Einsparungen von Kosten, wie z.B. bei der Umrüstung von Flutlichtanlagen, halten wir es für geboten, die Vereine zu unterstützen.

Ich glaube bei der Haushaltseinbringung auch in Ihrem Namen zu sprechen:

Die Gemeinde Teningen lässt ihre Vereine und ihre engagierten Bürgerinnen und Bürger nicht alleine!

Klimaschutz ist ein gutes Stichwort. Zum 1. Dezember 2022 wird unsere neue Klimaschutzmanagerin, Frau Stackler, die Arbeit aufnehmen. Wir werden das nächste Jahr nutzen, um hier Akzente zu setzen. So soll der Ausbau der Ladeinfrastruktur weitergehen, besonders jedoch auch die Optimierung der bestehenden Verbräuche und die Erstellung des Klimaschutzkonzeptes. Wir möchten gemeinsam Teningen in Richtung Klimaneutralität bringen. Dabei hat Teningen eine Menge vorzuweisen. Sowohl die BürgerEnergieGenossenschaft, als auch die Nahwärmeversorgung Teningen GmbH sind wichtige Bausteine und Akteure bei uns. Seit Jahrzehnten haben wir mit Holger Weis einen herausragenden Umweltbeauftragten. Wir möchten das Jahr 2023 nutzen, um gemeinsam mit Ihnen und den Bürgerinnen und Bürgern den Zeitpunkt zu definieren, wann Teningen es schaffen kann, Klimaneutralität zu erreichen. Hierzu haben wir nun die Ressourcen. Gemeinsam mit unserer Industrie und Gewerbe und allen Bürgerinnen und Bürgern wollen wir verstärkt in die Offensive gehen.

Im investiven Bereich haben wir ausschließlich die Vollendung der laufenden Projekte vorgesehen. Die Baumaßnahmen in der Halle Köndringen laufen sichtbar. 2024 wird diese fertig sein. Der Kindergarten in Nimburg wird im kommenden Jahr fertiggestellt werden. Ebenso wird das Bauprojekt Schule mit dem dritten Bauabschnitt in der Grundschule in Köndringen abgeschlossen sein. Wir haben keine neuen Projekte investiv aufgenommen. Allerdings sollten wir bereits gemeinsam beginnen, Maßnahmen über den Tag hinaus zu konzeptionieren.

Ein besonderes Augenmerk liegt hierbei auf der Feuerwehr. Gemeinsam mit dem Feuerwehrausschuss werden wir die erforderlichen Maßnahmen für die Gerätehäuser auf den Weg bringen und ein nachhaltiges Konzept auf die Beine stellen. Die Ersatzbeschaffung der Drehleiter ist genauso in die Wege geleitet, wie das TSF/W.

Ebenso sollten und müssten wir uns konzeptionell mit dem Bauhof auseinandersetzen und auch hier die Weichen stellen.

Es ist wichtig, dass wir uns für die Zukunft bereits jetzt mit den Projekten von Übermorgen auseinandersetzen. Es hat sich gezeigt, dass es immer sehr nützlich war, durchgeplante Projekte in der Schublade zu haben. Ohne eine fertige Konzeption für die Halle Köndringen wäre es sicherlich nicht möglich gewesen, einen Zuschuss von 3,2 Mio. € zu generieren und abzurufen. Diesen Weg werden wir schrittweise auf der Basis des gemeinsamen Weges mit den Bürgerinnen und Bürgern und der Basis eines Gemeindeentwicklungskonzeptes sowie der Priorisierung des Gemeinderates weiter verfolgen. Zu den wichtigen Themen, die wir beleuchten müssen, gehört:

- Weitere Sicherstellung des Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung im Bereich der Kindertagesstätten*
- Sicherstellung des Rechtsanspruchs in den Grundschulen ab 2026*
- Untersuchung der Situation der Außenstellen in den Teningener Grundschulen und Entwicklung eines Gesamtkonzeptes für die Grundschullandschaft Teningen 2030*
- Ertüchtigung der dezentralen Rettungseinrichtung oder Überprüfung, inwieweit durch Teilzentralisierung im Einvernehmen mit den Feuerwehren Synergien gehoben werden können.*
- Erhaltungssicherheit eines zukunftsfähigen Bauhofs.*

Dabei dürfen wir die Zukunft des Freibads und der sozialen Einrichtungen nicht außer Acht lassen. Sie sehen, es wartet ein großer Batzen in der Zukunft auf uns.

Ein drängendes Thema ist die Siedlungsentwicklung:

Im kommenden Jahr werden wir uns mit der Planung und der Weichenstellung für das „Werk A“ und der weiteren Siedlungsentwicklung beschäftigen. Der Wohnungsmarkt ist nach wie vor in Aufruhr; bezahlbarer Wohnraum ist knapp. Der Rückgang der Baugenehmigungen verheißt hier nichts Gutes. Weniger Geld für die Menschen und teure Zinsen bedeuten weniger Zubau an Wohnraum. Und dies in einer stetig wachsenden Region. Betrachtet man den Fachkräftemangel in der Region, kommt hinzu, dass ein noch deutlich höherer Zuzug erforderlich wäre.

Wir werden gemeinsam erörtern, wie und in welchem Umfang und wo wir die Siedlungsentwicklung maßvoll und zielführend voran bringen können. Auch hier werden wir uns auf der Basis des Gemeindeentwicklungskonzepts Schritt für Schritt vorwärts bewegen.

Es bleibt zu hoffen, dass nunmehr die Möglichkeiten bestehen. Die Corona-Krise hat uns um mindestens zweieinhalb Jahre zurückgeworfen. Planungsprozesse und Bürgerbeteiligungen fanden nicht statt bzw. wurden unterbrochen. Arbeitsprozesse haben sich durch das verstärkte Homeoffice verändert und die Abstimmungsprozesse zwischen interdisziplinären Beteiligten an verschiedenen Projekten sind deutlich komplexer geworden.

Eine wichtige Frage wird die Bürgerinnen und Bürger sicher beschäftigen: Was kommt an Mehrbelastung auf jeden einzelnen zu?

Hier können wir noch keine verlässliche Antwort geben. Die gute Botschaft: Es sind keine Anhebungen von Steuern geplant. Aber die schlechte: Wir müssen natürlich kalkulieren, wie sich die Energiekosten auf die Hallengebühren, den Wasserpreis und die Gebühren der Unterbringung von Obdachlosen auswirken. Diese Kalkulationen finden derzeit statt. Wir werden dies in der letzten Gemeinderatssitzung vor der Weihnachtspause am 20.12.2022 erörtern und beschließen. Tatsache ist, dass die Gemeinden alleine die Mehrkosten nicht werden tragen können. Leider, auf Grund der mehrfach angesprochenen noch vagen Rahmenbedingungen, brauchen wir noch die Zeit bis zum letztmöglichen Zeitpunkt vor dem Jahreswechsel. Wir können versichern, dass wir die Belastungen auf ein Minimum beschränken werden. Denn wir wissen, dass die derzeitige Lage, besonders die Inflation und die Energiepreiserhöhungen, viele Menschen existenziell belasten. Es gilt hier, einen Kompromiss zu finden.

Wir sind alle gemeinsam in einer schwierigen Situation.

Ich bin mir aber sicher, dass wir die Voraussetzungen haben, die richtigen Entscheidungen zur Entschärfung der Krise und die Lösung der anstehenden Konflikte zu finden. Das Wichtigste: Wir haben ein herausragendes Team, das geschlossen bereit ist anzupacken.

Ich möchte hier deutlich betonen, dass ich froh und dankbar bin, mit dieser Mannschaft seit Jahren vertrauensvoll zusammen zu arbeiten. Frau Glöckler, Herr Stein, Herr Kaltenbach, um nur die Fachbereichsleitungen zu nennen, begleiten mich seit dem ersten Tag meiner Amtszeit, wenngleich zwei davon erst später in die Funktion aufgerückt sind. Unsere stellvertretenden Fachbereichsleiterinnen und das ist kein gegendertes „innen“ - es sind wirklich nur Frauen - sind seit kürzeren Zeiträumen hier, doch ebenfalls mit hoher Motivation. Das gilt für die ganze Mannschaft, nicht nur für das Führungsteam. Ich möchte hier die Gelegenheit nutzen, mich bei den Mitarbeitenden der Gemeinde Teningen für ihren Einsatz und Engagement zu unserem Gemeinwohl zu bedanken. Dabei ist die Situation deutlich schwieriger geworden. Die Anspruchshaltung vieler Bürgerinnen und Bürger hat zugenommen und vieles an Arbeit wird nur allzu verständlich hingenommen. Ein schwieriges Element, das hinzukommt, ist, dass Verwaltungen ihr komplettes Denken derzeit umstellen müssen. Gerade in Verwaltungen bestand früher eine Menge Planungssicherheit und was bringt dies besser zum Ausdruck als ein Haushalt, welcher ja ein Planungswerk ist? Noch vor wenigen Jahren konnten wir im Juli und August des Vorjahres Daten in den Haushalt anmelden, die für das Folgejahr die Richtschur waren und hatten damit eine Planungsperspektive von 15/16 Monaten. Heute weiß ich am 9. November bei der Einbringung des Haushalts noch nicht einmal verlässlich, welche Zahlen bei wichtigen und verlässlichen Eckdaten bei der Verabschiedung im Januar stehen werden. Der Planungshorizont beträgt noch nicht einmal mehr 8 Wochen.

All diesen Widrigkeiten trotz unser Team. Ich möchte die Gelegenheit nutzen, Ihnen allen bei der Einbringung des Haushalts ein herzliches Wort des Dankes für Ihren Einsatz und Engagements zu sagen. Es war diesmal besonders schwer, nicht nur wegen der Rahmenbedingungen, weil wir auch den Haushalt vorziehen wollten. Es ist gelungen. Ihnen allen, besonders Ihnen, Frau Glöckler, die die Verantwortung für die Erstellung des Zahlenwerks und das Zusammentragen der einzelnen Komponenten des Haushalts hat, ein herzliches Dankeschön für Ihr Engagement und Ihren Einsatz zu sagen.

Auf die Schwierigkeiten der Planung habe ich bereits hingewiesen. Der Plan wird sich dieses Mal schon bei der Planung der Einbringung - vorgesehen bis Januar - sicher noch ändern. Doch wie sagte bereits der römische Autor Pubilius Syrus: „Ein Plan, der nicht geändert werden kann, ist ein schlechter“.

Hoffen wir, dass vieles nicht so eintritt, wie wir es vermuten. Und doch ist es nicht schlimm zu irren, denn kein geringerer als Albert Einstein sagte: „Planung ersetzt Zufall durch Irrtum“.

Und auch, wenn die Rahmenbedingungen unsicherer sind als je zuvor, möchte ich schließen mit dem Satz:

Lieber ein Plan, um dessen Schwachstellen man weiß, als gar keine Orientierung!

Der Haushaltsplan 2023 ist somit eingebracht. Frau Glöckler, ich möchte Sie nunmehr bitten, uns die Details zu erläutern. Ich wünsche Ihnen gute und angenehme Beratungen. Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Im Anschluss daran erfolgte die ausführliche Erläuterung der Haushaltsdaten durch die Kämmerin Evelyne Glöckler mittels einer PowerPoint-Präsentation, die auch im Rats- und Bürgerinfosystem bereitgestellt wird.

Die Haushaltsanträge der Fraktionen und Gruppierungen sind bis zum 20. November 2022 (24 Uhr) einzureichen.

Ablauf der Haushaltsberatung 2023:

Frist für die Anträge der Fraktionen/Gruppierungen: 20. November 2022, 24 Uhr

Vorberatung des Haushalts im Ausschuss: 14. Dezember 2022 und
ggf. 15. Dezember 2022

Verabschiedung des Haushalts im Gemeinderat: 17. Januar 2023

Nach ausführlicher Erläuterung hat der Gemeinderat mit dem

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
	17	0	0

den Haushaltsplanentwurf 2023 und den Wirtschaftsplan 2023 für die Wasserversorgung zur Vorberatung in den Verwaltungsausschuss verwiesen.

4.

Fragen und Anregungen der anwesenden Zuhörerinnen und Zuhörer

Es erfolgten keine Wortmeldungen.

5.

Anfragen und Bekanntgaben

- a) Der Bürgermeister stellte die offensichtliche Fehlinformation richtig, dass die kürzlich in öffentlicher Gemeinderatssitzung bekanntgegebenen neuen Holzpreise nicht durch den Gemeinderat beschlossen, sondern von der Verwaltung festgelegt wurden.
- b) Eine Nachfrage von Gemeinderat Schmidt bezüglich des Haushaltsansatzes der Stromkosten wurde entsprechend beantwortet.

Ende der Sitzung: 20:11 Uhr

Der Gemeinderat:

Der Schriftführer:

Der Bürgermeister: